Ä1 zu KW1: Kommunalpolitische Erklärung: Weil wir hier leben

Antragsteller*innen Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land)

Antragstext

Von Zeile 48 bis 50 einfügen:

komfortable Infrastruktur für Fahrräder und Pedelecs, CarSharing- Angebote und eine gute Vernetzung aller Verkehrsmittel. In jedem Ort in Bayern muss es zwischen 5 und 24 Uhr an jedem Tag stündlich mindestens eine Bus-, Bahn- oder Ruftaxiverbindung geben.
Wir GRÜNE machen Bayern zum Fahrradland. Dafür wollen wir in den Städten und

Begründung

Wir sollten unsere bisherige Beschlusslage (https://www.gruene-bayern.de/10-punkte-fuer-bayern/) auch kommunal einfordern und umsetzen, gerade weil die Kreisebene für den ÖPNV originär zuständig ist.

Unterstützer*innen

Rita Heeg (KV Würzburg-Land), Olaf Kessel-Deynet (KV Würzburg-Land), Jessica Hecht (KV Würzburg-Land), Sebastian Huber (KV Würzburg-Land), Sven Winzenhörlein (KV Würzburg-Land), Andrea Liebig (KV Würzburg-Land), Marie Büchner (KV Würzburg-Stadt), Niklas Dehne (KV Würzburg-Stadt), Konstantin Mack (KV Würzburg-Stadt), Magdalena Laier (KV Würzburg-Stadt)

Ä2 zu KW1: Kommunalpolitische Erklärung: Weil wir hier leben

Antragsteller*innen Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 36 bis 39:

nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir setzen uns für eine ökologische Landwirtschaft ein und arbeiten dazu partnerschaftlich mit den ~~Landwirtinnen und Landwirten~~Landwirt*innen zusammen. Wir wollen mehr Dach- und Fassadenbegrünung ermöglichen, um auch hier Lebensräume zu öffnen. Mit kommunalen Biodiversitätsstrategien und

Begründung

"Landwirtinnen und Landwirten" meint nur Frauen und Männer. "Landwirt*innen" meint alle Geschlechter. In Zeile 10 fand ich es aus rhetorischen Gründen vertretbar, nur von "Frau oder Mann" zu sprechen. Hier sehe ich keinen Grund dafür und deshalb sollten wir (wie auch sonst üblich) alle Geschlechter ansprechen.

Ä3 zu KW1: Kommunalpolitische Erklärung: Weil wir hier leben

Antragsteller*innen Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 80 bis 82:

länger hier leben und derer, die neu zugewandert sind. Auch vor Ort ist für uns die tatsächliche Gleichstellung ~~von Frauen und Männern~~der Geschlechter wichtig. Nur eine familienfreundliche Gemeinde ist auch eine zukunftsfähige Gemeinde. Wir wollen

Begründung

Wie beim vorhergehenden Änderungsantrag sehe ich hier auch keinen Grund, nur von Frauen und Männern zu sprechen. Es ist zwar die bildhaftere Formulierung, aber wir grenzen damit aus und das wollen wir auf keinen Fall.

Ä4 zu KW1: Kommunalpolitische Erklärung: Weil wir hier leben

Antragsteller*innen Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 99 bis 101:

Planungen angehört werden. Wir wollen die Möglichkeiten zur Beteiligung der ~~Bürgerinnen und Bürger~~Einwohner*innen ausweiten, wenn es um Entscheidungen vor Ort geht. Denn eine lebendige Kommune lebt davon, dass sich die Menschen einmischen, mitreden

Begründung

Wie bereits in den beiden vorherigen Anträgen erläutert, sollten wir nicht ausgrenzen. Wenn wir einmal Bürger*innen und einmal Einwohner*innen schreiben, vermeiden wir die sprachliche Wiederholung und grenzen trotzdem nicht aus.

Ä5 zu KW1: Kommunalpolitische Erklärung: Weil wir hier leben

Antragsteller*innen Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 112 bis 115:

Stadträten, Gemeinderäten, Kreistagen, als Bürgermeister*innen und seit 2014 als Landräte. Mit uns ist Bayern auf Zukunftskurs. Gemeinsam mit ~~den Bürgerinnen und Bürgern~~allen Menschen, die hier leben, wollen wir unsere bayerischen Kommunen nach vorne bringen. Für lebendige und lebenswerte Städte und Gemeinden in Bayern.

Begründung

"Bürgerinnen und Bürger" grenzt diverse Menschen aus.

Ä6 zu KW1: Kommunalpolitische Erklärung: Weil wir hier leben

Antragsteller*innen Lisa Badum (KV Forchheim)

Antragstext

Von Zeile 24 bis 28 einfügen:

dass in allen Städten und Gemeinden in Bayern kommunale Klimaschutzkonzepte und Klimaanpassungsstrategien erstellt und umgesetzt werden. Jede kommunale Entscheidung soll unter einem Klimavorbehalt stehen. Wir wollen mehr Energie in Bürger*innenhand – Energie aus Wind und Sonne, die von Bürgerenergiegenossenschaften und Stadtwerken betrieben werden. Für all das braucht es große Anstrengungen. Wir GRÜNE sind bereit, uns dieser Herausforderung zu stellen. Den

Ä7 zu KW1: Kommunalpolitische Erklärung: Weil wir hier leben

Antragsteller*innen Dieter Janecek (KV München)

Antragstext

Von Zeile 19 bis 22:

Klimaschutz hat für uns GRÜNE absolute Priorität. Vor Ort, in unseren Städten und Gemeinden, sind wir jetzt gefordert, alles dafür zu tun, damit die ~~Pariser Klimaziele noch erreichbar sind~~die Erderhitzung auf maximal 1,5° begrenzt wird . Unser Ziel ist die klimaneutrale Kommune mit 100 Prozent sauberem Strom aus erneuerbaren Energien, einer klimaneutralen

Begründung

Im Paris-Abkommen haben sich die Staaten auf eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf deutlich unter 2 Grad geeinigt und auf "Anstrengungen", um den Anstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Damit wurde die dringend benötigte Abkehr vom lange etablierten 2-Grad-Ziel eingeläutet, da aus wissenschaftlicher Sicht bei einer solchen globalen Erhitzung mit dem Überschreiten vieler Kipppunkte mit unabsehbaren, katastrophalen Folgen zu rechnen wäre. Schon jetzt zeigen sich die Folgen der Klimaerhitzung viel schneller als erwartet. Daher ist die Begrenzung auf 1,5 Grad unser Mindestziel. Der IPCC-Sonderbericht zeigt, dass es noch erreichbar ist und mit aller Kraft verfolgt werden muss. Statt der Spannbreite der Interpretation und Ambition, die das Pariser Übereinkommen zulässt, wollen wir uns klar zum unteren Ende bekennen. Damit schließen wir uns auch in aller Deutlichkeit den Forderungen von Fridays for Future und Scientists for Future an.

Unterstützer*innen

Mona Fuchs (KV München), Georg Kurz (KV München), Lyn Faltin (KV München), Thorsten Kellermann (KV München), Pia Paulsteiner (KV München), Thomas von Sarnowski (KV Ebersberg), Gudrun Lux (KV München), Florian Schönemann (KV München)

Ä8 zu KW1: Kommunalpolitische Erklärung: Weil wir hier leben

Antragsteller*innen Dieter Janecek (KV München)

Antragstext

Von Zeile 45 bis 47 einfügen:

und stressfrei zum Ziel kommen, das die Umwelt schützt und für mehr Lebensqualität in unseren Ortschaften sorgt. Wir wollen landesweit ein Drittel weniger Pkw- und Lieferverkehr und eine Halbierung in unseren Städten erreichen. Dafür brauchen wir vor allem ein besseres und attraktiveres Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel, sichere und

Begründung

In zahlreichen Städten haben sich Radentscheide gegründet bzw. bereits erfolgreiche Bürgerbegehren erkämpft - Bamberg war Vorreiter in Bayern und Modell für viele weitere Kommunen, München hat mit zwei Rad-Begehren sein erfolgreichstes und zweiterfolgreichstes Bürgerbegehren zugleich eingereicht, mit über 160.000 Unterschriften, Würzburg kürzlich den schnellsten Radentscheid Deutschlands hingelegt mit weniger als zwei Wochen Unterschriftensammlung zur Übernahme durch den Stadtrat. Die Zeit ist reif, mutige Schritte in Richtung autofreier Innenstädte zu gehen. Das soll sich auch in unserer Beschlusslage widerspiegeln, nicht nur in Baden-Württemberg, auch in Bayern.

Damit zeigen wir klar unsere Unterstützung für die Forderungen lokaler Fridays For Future-Gruppen. Der Verkehrssektor ist einer der problematischsten Sektoren beim Klimaschutz, hier wurde, im Gegensatz zu anderen Bereichen, unterm Strich der CO2-Austoß nicht gesenkt. Es bedarf daher größter Kraftanstrengungen. Gleichzeitig sorgen wir damit für saubere Luft und gewinnen öffentlichen Raum zurück – in einer Stadt wie München nehmen davon allein Pkw-Stellplätze 13 % ein –, sodass unsere Städte und Gemeinden lebenswerter werden und Platz frei wird für Grünflächen und Radwege.

Unterstützer*innen

Christian Hader (KV Bamberg-Stadt), Pia Paulsteiner (KV München), Georg Kurz (KV München), Lyn Faltin (KV München), Philipp Goldner (KV Ebersberg), Gudrun Lux (KV München), Matthias Werner (KV Bamberg-Stadt), Mona Fuchs (KV München), Thorsten Kellermann (KV München), Sofie Langmeier (KV München), Thomas von Sarnowski (KV Ebersberg)

Ä9 zu KW1: Kommunalpolitische Erklärung: Weil wir hier leben

Antragsteller*innen	Grüne Jugend Bayern (dort beschlossen am: 11.10.2019)

Antragstext

Von Zeile 48 bis 50 einfügen:

komfortable Infrastruktur für Fahrräder und Pedelecs, CarSharing- Angebote und eine gute Vernetzung aller Verkehrsmittel. In mittleren und großen Städten Bayerns fordern wir mittelfristig autofreie Innenstädte.
Wir GRÜNE machen Bayern zum Fahrradland. Dafür wollen wir in den Städten und

Begründung

Durch Verdrängung des Individualverkehrs aus dem Stadtzentrum erhöhen wir die Lebensqualität enorm. Es ist eine urgrüne Forderung, dass die Stadt den Menschen gehört, nicht den Autos. Durch passende ÖPNV Angebote und Radverkehr im Innenstadtbereich sowie leihbare Lastenräder kann eine hohe Mobilität weiterhin garantiert werden.

Ä10 zu KW1: Kommunalpolitische Erklärung: Weil wir hier leben

Antragsteller*innen	Grüne Jugend Bayern (dort beschlossen am: 11.10.2019)

Antragstext

Von Zeile 87 bis 89 einfügen:

alle und gut ausgestattete Schulen, die eine attraktive Umgebung für gutes Lernen bieten, haben für uns Priorität. Auch in der Jugendförderung wollen wir GRÜNE uns stark machen: Gerade im ländlichen Raum fehlt es an Jugendtreffs und Beratungsstellen für (junge) LGBTIQ*. Wir setzen uns für jugendfreundliche Gemeinden in ganz Bayern ein und lehnen einen repressiven Umgang mit jungen Menschen ab.
Wir GRÜNE setzen uns ein für eine freie, eine weltoffene und vielfältige

Begründung

Gerade in kleinen Gemeinden ist die Abwanderung junger Menschen enorm, diese benötigen ein passendes Angebot, um sich vor Ort zu engagieren und eingebunden zu werden/bleiben. Besonders queere junge Menschen auf dem Land benötigen dort Unterstützung. Außerdem sollten repressive Maßnahmen gegenüber jungen Menschen wie Sperrzeiten in Innenstädten kritisch geprüft und gegebenenfalls geändert werden.

Ä1 zu KW2: Kommunaler Klimaschutz – der Schlüssel zum Erreichen der Klimaziele

Antragsteller*innen Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 7 bis 12:

gibt, ob saubere Energie erzeugt und angeboten werden, welche Hilfestellungen und Beratungen die ~~Bürgerinnen und Bürger~~Bürger*innen bekommen. Die Infrastruktur für Strom, Wärme und Mobilität, welche ein ganz entscheidender Faktor der Treibhausgasvermeidung ist, gehört zu den ureigenen Aufgabengebieten der Kommunen. Ob und in welchem Maße sich die ~~Bürgerinnen und Bürger~~Bürger*innen klimafreundlich verhalten, hängt von der Infrastruktur, der Attraktivität und der jeweiligen

Begründung

Ergänzung zum Änderungsantrag: Dieser Änderungsantrag ist exemplarisch für die zahlreichen Stellen im Antrag, wo nur Frauen und Männer genannt werden. Ich beantrage, ALLE diese Stellen so umzuformulieren, dass sie alle Geschlechter einschließen.

Dieser Änderungsantrag betrifft also inhaltlich den gesamten Antragstext. Aus allein technischen Gründen habe ich nur einen Absatz angepasst. Sonst müsste ich wieder mehrere Änderungsanträge desselben Inhalts stellen und das kann ja nicht Sinn der Sache sein.

Begründung des Änderungsantrags: Wenn wir Grünen nicht darauf achten, sprachlich alle Geschlechter mit einzubeziehen, verstoßen wir gegen unsere eigenen Grundsätze und machen uns damit auch unglaubwürdig. Wir wollen nicht ausgrenzen und schließen deshalb sprachlich alle mit ein.

Ä2 zu KW2: Kommunaler Klimaschutz – der Schlüssel zum Erreichen der Klimaziele

Antragsteller*innen Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 85 bis 87 einfügen:

die Zuständigkeit der Kommunen, flächendeckend ist der Aufbau von stündlichen Anbindungen mit Bus und Bahn an jedem Werktag von 05 bis 24 Uhr zu erreichen. *Die verschiedenen Kommunen müssen hier besser zusammenarbeiten, damit das Nahverkehrsnetz nicht an der Stadtgrenze aufhört. Fahrpläne verschiedener Bus- und Bahnunternehmen sollen aufeinander abgestimmt sein. Auf der Grundlage eines Radverkehrskonzept soll für alle verkehrswesentlichen*

Von Zeile 90 bis 92:

Angriff genommen. Für den Erfolg der Elektromobilität sind öffentliche Stromladestellen und ~~das Laden~~Lademöglichkeiten am Arbeitsplatz entscheidend. Die Kommunen können diese auf ihren Parkflächen sowohl für die Beschäftigten als auch für die

Begründung

erfolgt mündlich

Ä3 zu KW2: Kommunaler Klimaschutz – der Schlüssel zum Erreichen der Klimaziele

Antragsteller*innen Lisa Badum (KV Forchheim)

Antragstext

Von Zeile 108 bis 110 einfügen:

Darüber hinaus gehört der Bezug von echtem Ökostrom zu den klimaschutzpolitisch wirkungsvollsten und am einfachsten umsetzbaren Maßnahmen.Die Stadtwerke bieten nur noch ein Ökostromprodukt für Ihre KundInnen an. Über eine Neuanlagenquote wird hierbei sichergestellt, dass ein Zubau erfolgt. Kernpunkt

Ä1 zu SZ1: Das Miteinander stärken: Grundpfeiler einer sozialen Politik für Bayern

Antragsteller*innen Michael Gerr (KV Würzburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 171 bis 172:

~~Inklusion ist~~Die inklusive Gesellschaft gestalten, heißt für uns Grüne einen Rahmen zu schaffen, in dem niemand diskriminiert und strukturell benachteiligt wird. Am Beispiel Leben mit Behinderung zeigt sich: Inklusion ist ein Menschenrecht. Es ist Aufgabe des Staats, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können.

Ä2 zu SZ1: Das Miteinander stärken: Grundpfeiler einer sozialen Politik für Bayern

Antragsteller*innen Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 51 bis 53 einfügen:

fängt in Kindertagesstätten und Schulen an und setzt sich im lebenslangen Lernen fort. Vorurteile und Klischees, die in den ersten Lebensjahren erlernt werden, sitzen auch später noch tief. Umgekehrt kann in dieser Zeit der Grundstein für ein offenes und tolerantes Zusammenleben gelegt werden. Deswegen werden wir die **frühkindliche Bildung** und Betreuung als Schlüssel für die Zukunft ausbauen.

Begründung

Wir müssen nicht nur bei denen ansetzen, die aktuell benachteiligt werden, sondern gleichzeitig auch bei denen, die aktuell privilegiert sind. Nur so wächst die Gesellschaft zusammen. Wenn wir das an dieser Stelle betonen, wird auch deutlicher, dass die Privilegierten hier nicht nur Privilegien abgeben, sondern auch selbst die Chance bekommen sollen, fürs Leben dazuzulernen. Die genannten Maßnahmen nutzen am Ende ja allen, nicht nur den bisher Benachteiligten.

Ä3 zu SZ1: Das Miteinander stärken: Grundpfeiler einer sozialen Politik für Bayern

Antragsteller*innen Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 122 bis 123 einfügen:

- Ausbau von qualitativ hochwertigen Angeboten zur Kinderbetreuung, die sich zeitlich flexibel am Bedarf berufstätiger Eltern ausrichten. Hierzu gehören auch Angebote während der Ferien sowie "Notfallbetreuungsangebote": Menschen, die im Notfall (z.B. Krankheit) kurzfristig die Kinderbetreuung zu Hause übernehmen.

Von Zeile 126 bis 128:

- aufgrund der Erziehung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen vorübergehend ~~reduzieren muss~~reduziert, braucht einen gesetzlichen Anspruch auf Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung.

Begründung

1) Begründung Ferienbetreuung: Es gibt nicht überall ausreichende Ferienbetreuungsangebote. Die meisten richten sich außerdem nur an Schulkinder.
2) Begründung Notfallbetreuung: Es gibt private (teure) Agenturen, die das anbieten. Wenn man Glück hat, zahlt der eigene Arbeitgeber so eine Agentur. In der Regel nicht. Dieses Angebot wird naturgemäß nur wenig in Anspruch genommen (kranke Kinder betreut man selbst, wenn man kann), im Notfall kann es aber unglaublich wertvoll sein. Für Menschen mit niedrigem Einkommen, die sich in prekären Arbeitsverhältnissen befinden oder alleinerziehend sind, kann ein Kind, das zu oft krank ist, die Kündigung bedeuten.
3) Begründung, warum wir im Satz "Wer seine Arbeitszeit aufgrund der Erziehung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen vorübergehend reduziert" unbedingt das "muss" streichen sollten: Es geht uns überhaupt nichts an, ob jemand freiwillig

oder gezwungenermaßen Kinder erzieht oder Angehörige pflegt. Und es ist für die Forderung auch unerheblich, denn in beiden Fällen soll es möglich sein, später wieder auf eine Vollzeitstelle aufzustocken.

Ä4 zu SZ1: Das Miteinander stärken: Grundpfeiler einer sozialen Politik für Bayern

Antragsteller*innen	Grüne Jugend Bayern (dort beschlossen am: 11.10.2019)

Antragstext

Nach Zeile 76 einfügen:

- Gelebte Demokratie in Schulen durch mehr Beteiligung und Einbindung der Schüler*innenvertretung, transparente Entscheidungsprozesse und neue Formen der Ideenfindung vom Kollegium und den Schüler*innen gemeinsam.

Begründung

Schulen sollen Orte gelebter Demokratie werden, dafür braucht es bereits früh Prozesse, um alle Teilhaber*innen einzubinden und auch dadurch politische Bildung - eine Grundaufgabe der schulischen Bildung - zu ermöglichen.

Ä5 zu SZ1: Das Miteinander stärken: Grundpfeiler einer sozialen Politik für Bayern

Antragsteller*innen	Grüne Jugend Bayern (dort beschlossen am: 11.10.2019)

Antragstext

Nach Zeile 209 einfügen:

- Einführung des ticketlosen Bus- und Bahnverkehrs für alle Menschen unter 28 Jahren im gesamten Gebiet des Freistaats.

Begründung

Die Nutzung des ÖPNV im täglichen Leben ist eine Gewöhnungssache und derzeit leider auch noch eine finanzielle Frage. Beides wollen wir mit dieser Forderung beseitigen: Junge Menschen, die sich meist in Ausbildung oder prekären Berufen befinden, werden so in ihrer Mobilität unterstützt, um gleiche Chancen für alle zu ermöglichen. Zugleich wird ein Mensch, der jahrelang Zug und Bus fährt, auch nach dem Beenden des 28. Lebensjahres an diese Verkehrsmittel gewöhnt sein und eher klimafreundlich unterwegs bleiben als direkt auf ein Auto umzusteigen. Die Einsparungen beim dann nicht benötigten Ausbau von Autostraßen und der Erhaltung von Wegen, Parkplätzen usw. können das kostenlose U28-Ticket finanzieren.

Ä1 zu SZ2: Bezahlbar Wohnen für alle – Sozialen Wohnungsbau stärken

Antragsteller*innen Michael Gerr (KV Würzburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 15 bis 17 einfügen:

garantiert werden. Ob in der Stadt oder auf dem Land – Menschen sollen da leben können, wo sie wollen. Dafür setzen wir auf bedarfsgerechten, barrierefreien und nachhaltigen Neubau und Bestandsmodernisierung. Wir wollen eine nachhaltige,

Begründung

erfolgt mündlich.

Ä1 zu SZ3: Lebenswerte Städte – attraktives Land: Den öffentlichen Raum zurückerobern

Antragsteller*innen Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 8 bis 10:

einladen, wieder vermehrt herauszukommen aus der Anonymität im Eigenheim oder der Wohnung. Wir wollen ~~Ortszentren~~Orts- und Stadtteilzentren stärken, die Geschäfte, Praxen, Kitas, Arbeitsplätze kompakt in wohnortnaher Entfernung bieten, sodass auch viele

Begründung

Auf dem Land wollen wir Ortskerne stärken. In den Städten wollen wir weg vom alleinigen Fokus auf der Innenstadt hin zu lebendigen Stadtteilen, wo Läden des täglichen Bedarfs, Praxen und Apotheken fußläufig erreichbar sind.

Ä2 zu SZ3: Lebenswerte Städte – attraktives Land: Den öffentlichen Raum zurückerobern

Antragsteller*innen Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 112 bis 117:

- Wir wollen die Barrierefreiheit für den gesamten öffentlichen Raum in Bayern. Alle Menschen, auch ~~Seniorinnen und Senioren~~Senior*innen, Kinder und Menschen mit Behinderungen sollen sich sicher und selbständig bewegen können. Ein barrierefreier öffentlicher Raum mit Nahversorgung im Wohnumfeld gibt Senior*innen und ~~Senioren~~Menschen mit Behinderung die Möglichkeit, sich lange selbstbestimmt zu versorgen und zugleich am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Begründung

Wieder beantrage ich, alle Geschlechter anzusprechen. Das Gendersternchen ist keine typografische, sondern eine inhaltliche Änderung!
Außerdem schadet es nicht, auch im letzten Satz die Menschen mit Behinderung nochmal ausdrücklich zu erwähnen. Auch sie sollen sich selbstbestimmt versorgen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Ä3 zu SZ3: Lebenswerte Städte – attraktives Land: Den öffentlichen Raum zurückerobern

Antragsteller*innen	Grüne Jugend Bayern (dort beschlossen am: 11.10.2019)

Antragstext

Von Zeile 84 bis 85 einfügen:

- dient dem Austausch der Menschen und bietet Mehrwert für die Lebensqualität. Wir fördern Gemeinde- und Vereinshäuser, in denen kulturelle, politische und soziale Initiativen einen Raum für Treffen finden, ohne dem Konsumzwang von Gaststätten ausgesetzt zu sein.

Begründung

Neue und sich gründende Initiativen, die vor Ort etwas bewegen wollen, finden oftmals keinen Raum für Treffen und müssen daher auf Lokale zurückgreifen in denen Konsumzwang besteht, wodurch Menschen vom Engagement aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden. Dem wollen wir entgegenwirken.

Ä1 zu F2: Haushalt 2020

Antragsteller*innen Hermann Hager (KV Mühldorf)

Antragstext

In Zeile 1 einfügen:

Den Finanzantrag "Haushalt 2020" könnt ihr hier herunterladen:

Änderungstext:
Ich schlage bei den Kosten einen Ansatz von € 270.000.-.für den fünfköpfigen Landesvorstand vor.

Begründung

Der Ausgabenansatz für unseren Landesvorstand erscheint mir deutlich zu niedrig.
Um zukünftig diese Aufgabe adequat ausführen zu können sind qualifizierte BewerberInnen erforderlich.
Ein Gehalt von einem Facharbeiter (in München ca. € 4500.-) erscheint mir daher mehr als gerechtfertigt.
Für einen Brutto-Gehalt unter €3000.- sind solche BewerberInnen aber nicht zu finden.
Aus diesem Grund können sich für den LaVo eigentlich nur noch MandatsträgerInnen bewerben.
Dies entspricht aber überhaupt nicht der Urgrünen Idee von der Trennung von Amt und Mandat.
Die Ausgabensteigerung wg. dieser Gehaltsanpassung ist durch die gestiegenen Einnahmen wegen der deutlich gestiegenen Mitgliederzahlen gedeckt, siehe Haushaltsansatz Einnahmen.

Ä1 zu A5: Chancengerechtigkeit und Inklusion braucht Schulsozialarbeit

Antragsteller*innen Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 56 bis 58:

? **Die Rolle und der rechtlichen Status der Schulsozialarbeit** bezüglich Zusammenarbeit mit Lehrkräften, Schulleitung, Schüler*innen und ~~Schulleitung~~Eltern wird unter Einbeziehung ~~der~~von Vertreter*innen aller betroffenen Gruppen definiert. Das heißt, unter Einbeziehung von in diesen Berufsfeld Tätigen, Schüler*innen, Elternvertreter*innen definiert. Dabei soll das Wort von Schüler*innen mit Behinderung und Eltern von Schüler*innen mit Behinderung besondere Bedeutung haben.

Begründung

Wir dürfen nicht vergessen, die zu fragen, die wirklich betroffen sind. Zu oft werden gute Ideen dann doch an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbei geplant und umgesetzt. Beim Thema Inklusion gibt eine extreme Vielfalt an Lebensrealitäten, also muss den Betroffenen bei der Planung auch noch mehr zugehört werden.

Ä2 zu A5: Chancengerechtigkeit und Inklusion braucht Schulsozialarbeit

Antragsteller*innen Frank Dürsch (KV München-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 9 bis 10 löschen:

~~Der neugegündet AK Chancengerechtigkeit des Bezirksverband Obb. hat sich auf diesen Inklusionsbegriff verständigt und möchte das folgendet Problerm angehen:~~

Begründung

Leider kann ich meinen Antrag anders nicht ändern.

Ä3 zu A5: Chancengerechtigkeit und Inklusion braucht Schulsozialarbeit

Antragsteller*innen Frank Dürsch (KV München-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 41 bis 42:

~~Inklusion ist Aufgabe und damit Herausforderung für alle Schularten und die dafür Verantwortlichen.~~
.Notwendig und erforderlich sind langfristige Konzepte und kontinuierliche Prozesse, um Problemsituationen im Sinne einer präventiven Arbeit im Vorfeld zu erkennen und rechtzeitig zu verhindern.

Ä4 zu A5: Chancengerechtigkeit und Inklusion braucht Schulsozialarbeit

Antragsteller*innen Frank Dürsch (KV München-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 14 bis 17:

wie vor nicht im ausreichenden Maße und ihren Bedarf entsprechend mit Schulsozialarbeit versorgt. Nachhaltige ~~Qualität~~qualitative Wirkung kann sich nur entfalten, wenn sie unabhängig von der Finanzkraft der einzelnen Kommunen flächendeckend und kontinuierlich durch Landesmittel sichergestellt wird. Bislang verweigert sich die CSU-FW-Staatsregierung die Verantwortung zu übernehmen und tatsächlich springen immer mehr Kommunen oder Landkreise ein und finanzieren die dringend notwendige Schulsozialarbeit. Das kann kein Dauerzustand sein.

Ä5 zu A5: Chancengerechtigkeit und Inklusion braucht Schulsozialarbeit

Antragsteller*innen Frank Dürsch (KV München-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 29 bis 30 einfügen:

Erreicht werden zudem nach wie vor nur bestimmte Schultypen vornehmlich Mittelschulen und Förderschulen. Gymnasien (auch andere Schularten wie Berufsfachschulen, Wirtschaftsschulen…)

Begründung

Ich wollte meinen Antag ändern.

Ä1 zu A6: Mut und Unterstützung für psychisch kranke Kinder und Jugendliche. Mehr Sichtbarkeit für „Schattenkinder“ aus psychisch kranken Familien.

Antragsteller*innen Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 75 bis 77:

1) Eine ~~verbindliche~~ interdisziplinäre Kooperation der beteiligten professionellen Akteur*innen und Hilfesysteme wie Gesundheitswesen, Kindertagesbetreuung, Schule und Jugendhilfe muss die Regel werden. Diese Kooperation muss verbindlich stattfinden, unter der Voraussetzung, dass die Betroffenen ihr zustimmen.

Begründung

Wenn wir "verbindliche Kooperation" fordern, stehen wir im Widerspruch zu Datenschutzrichtlinien und auch zu unseren eigenen grünen Werten, dass jeder Mensch selbstbestimmt sein darf.

Ä1 zu A8: Die Bahn zurück in die Fläche holen – Reaktivierung und Ausbau von Bahnstrecken als Chance für die Verkehrswende in Bayern nutzen

Antragsteller*innen Michael Gerr (KV Würzburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 151 bis 152:

- vorzulegen, um die Attraktivität von Bahnhöfen und Haltepunkte zu fördern und Barrierefreiheit im Schienenverkehr ~~zu verbessern~~konsequent auszubauen,

Begründung

Auch wenn der Ausbau der Barrierefreiheit seine Zeit braucht, wo eine Sanierung in die Hand genommen wird, reicht eine Verbesserung nicht aus, sondern Barrierefreiheit muss dann konsequent umgesetzt werden entsprechend der vorliegenden Standards. Dies ergibt sich auch daraus, dass eine EU-Richtlinie, an die sich auch Deutschland zu halten hat, vollständige Barrierefreiheit bis zum Jahr 2023 fordert. Abweichungen bzw. Verzögerungen müssen begründet werden, so etwa in Nahverkehrsplänen.

Ä1 zu A10: Fleischfreies Catering auf LDKs

Antragsteller*innen	Landesvorstand (dort beschlossen am: 08.10.2019)

Antragstext

Von Zeile 1 bis 7:

Auf Landesdelegiertenkonferenzen des Landesverbandes Bayern ~~wird ab 2020~~soll nach Möglichkeit nur noch vegetarisches und veganes Catering angeboten~~,~~ werden, wobei darauf zu achten ist, dass tierische Produkte ausnahmslos, pflanzliche nach Möglichkeit aus ökologischem Landbau stammen. Zu den vegetarischen Angeboten soll es vegane Alternativen geben.
~~Des Weiteren wirkt der Landesvorstand darauf hin, diese Regelung zum Catering auch auf Bezirksversammlungen in Bayern und BDKs zur Anwendung zu bringen. Zudem wirbt er dafür, auch auf Kreisversammlungen auf Fleischkonsum zu verzichten.~~Des Weiteren wirbt der Landesvorstand dafür, dass auch auf BDKs und Bezirksversammlungen in Bayern nach Möglichkeit nur noch vegetarisches und veganes Catering angeboten wird, sowie auf den Kreisversammlungen auf Fleischkonsum verzichtet wird.

Ä2 zu A10: Fleischfreies Catering auf LDKs

Antragsteller*innen	Grüne Jugend Bayern (dort beschlossen am: 11.10.2019)

Antragstext

Von Zeile 6 bis 7 einfügen:

auch auf Bezirksversammlungen in Bayern und BDKs zur Anwendung zu bringen. Zudem wirbt er dafür, auch auf Kreisversammlungen auf Fleischkonsum zu verzichten.
Neben den zuvor genannten Aspekten soll aber auch auf die Bezahlbarkeit des Essens für die Teilnehmer*innen geachtet werden. Das Essensangebot soll zukünftig auch über einen Solidarpreis verfügen.

Begründung

Gerade für junge Menschen oder Menschen mit geringen Einkommen stellen die Essenspreise oft eine Hürde dar oder halten sie im schlimmsten Fall sogar von einer Teilnahme ab. Wir möchten allen Menschen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation, ermöglichen, an Veranstaltungen der bayerischen Grünen teilzunehmen. Deshalb soll ein Solidarpreis für das Essensangebot eingeführt werden.

Ä1 zu A11: Für nachhaltigen Sport in den Kommunen - sportpolitisches Positionspapier zur Kommunalwahl 2020

Antragsteller*innen Karim Belkacem (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 23 bis 25:

betrieben wird. Daher wollen wir diversifizierte Breitensportangebote. Der Spitzensport sollte ~~allen exemplarisch~~ zeigen, ~~wie es richtig geht~~was unter Ausreizung der physiologischen und technischen Grenzen möglich ist . Er muss transparent sein, muss Doping und Betrug verurteilen und für einen fairen Umgang

Begründung

Der Spitzensport ist oftmals keine gesunde Weise Sport zu betreiben. Der Spitzensport sollte lediglich zeigen, wie weit ein Mensch gehen kann und wie weit die Grenzen des Machbaren ausgelotet werden können.
Das Ziel sollte nicht sein, Spitzensportler*innen nachzueifern, sondern Spaß am Sport zu haben.
Zusätzlich hängt die Leistungsmöglichkeit eines Menschen in einer bestimmten Sportart oftmals von Genetik ab (Schwimmsport ----> Körpergröße, Marathon ----> Sauerstoffumsatz, etc.).

Ä2 zu A11: Für nachhaltigen Sport in den Kommunen - sportpolitisches Positionspapier zur Kommunalwahl 2020

Antragsteller*innen Victoria Broßart (KV Rosenheim)

Antragstext

Von Zeile 61 bis 62 einfügen:

bei der Situierung der Umkleideräume und endet bei der Gestaltung der Gaststätte. Außerdem sollen Sportstätten auch nicht binären Menschen, trans* Menschen deren Geschlechtseintrag noch nicht korrigiert wurde und Menschen mit Geschlechtseintrag divers konfliktfrei zugänglich gemacht werden. Dies soll durch eindeutige Regelungen für Toiletten-, Duschen- und Umkleidenutzung oder bauliche Voraussetzungen bzw. Veränderungen ermöglicht werden.

Begründung

Viele Sportstätten besitzen heute nur Toiletten und Duschen für Männer oder Frauen. Umkleiden sind manchmal direkt mit diesen sanitären Anlagen verbunden und dann ebenfalls in Männer- und Frauenumkleiden eingeteilt oder können zwar theoretisch frei belegt werden sind dann aber während der Sportveranstalltungen trotzdem nur in Männer- und Frauenumkleiden eingeteilt.
Diese binäre Einteilung erschwert es aber Menschen die nicht der binären Geschlechternorm entsprechen am Sport teilzunehmen oder verhindert die Partizipation gar ganz.
Diese Menschen stoßen häufig auf Ablehnung und Vorurteile auf Grund von körperlichen Unterschieden oder kulturellen Zuschreibungen wenn sie eine der binären Umkleiden, Duschen oder Toiletten mitverwenden möchten und fürchten verbale und körperliche Übergriffigkeit von anderen Gästen, die sich durch ihre Anwesenheit gestört fühlen. Auch Personal und Verantwortungspersonen der Sportstätten sind häufig mit der Problematik überfordert und dies führt nicht selten zum Ausschluss der genannten Menschen von der Sportstättenbenutzung.
Auch Schulen, die Sportstätten häufig für ihren Sportunterricht mitbenutzen stehen vor dem Problem, dass bei fehlenden Einzelkabinen in den Umkleide- und Sanitäreinrichtungen inter* und trans* Kinder dort besonders häufig Mobbing und

körperlichen Übergriffen ausgesetzt sind.
Darum sollten wir uns als Grüne dafür einsetzten, dass bei Neubauten geschlechtsneutrale Toiletten-, Dusch- und Umkleideräume mit Einzelkabinen gebaut werden, wie das schon in einigen Freizeitbädern und Thermen seit Jahren Praxis ist.
Da vorhandene Sportstätten nicht so einfach baulich verändert werden können sollten wir hier auf eine konfliktfreie Nutzungsregelung hinwirken.

Unterstützer*innen

Elias Wolf (KV Amberg-Sulzbach), Sarah Broßart (KV Rosenheim), Tessa Ganserer (KV Nürnberg-Stadt), Klaus Wimmer (KV Rosenheim), Bianca Kurc (KV Rosenheim), Steffi König (KV Rosenheim)

Ä1 zu A12: Verkehrswende schafft Arbeitsplätze: Bayerns Fahrzeugindustrie zukunftssicher machen

Antragsteller*innen Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 91 bis 94 löschen:

Wir sorgen für Planungssicherheit, indem wir festlegen, dass bis spätestens 2030 nur noch emissionsfreie Autos zugelassen werden. ~~Eine CO_2-Abgabe schafft zudem Wettbewerbsgleichheit zwischen fossilen und erneuerbaren Treibstoffen.~~ Außerdem beenden wir bis 2025 schrittweise den Bundesfernstraßenneubau und stellen die

Begründung

erfolgt mündlich

Ä2 zu A12: Verkehrswende schafft Arbeitsplätze: Bayerns Fahrzeugindustrie zukunftssicher machen

Antragsteller*innen Michael Gerr (KV Würzburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 96 bis 98 einfügen:

das Bahnnetz zu modernisieren. Wir legen ein Programm für Radschnellwege sowie neue Programme für Fahrradparkhäuser und Lastenräder auf. Wir sorgen für einen konsequenten barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen und Haltestellen sowie von Bussen und Bahnen als Grundlage für eine möglichst flächendeckende Nutzungsmöglichkeit des öffentlichen Verkehrs für alle. Wir führen einen MobilPass ein. Mit diesem können alle Angebote des öffentlichen Verkehrs, wie

Begründung

Deutschland ist über eine EU-Richtlinie verpflichtet bis 2023 den öffentlichen Verkehr vollständig barrierefrei auszubauen. Abweichungen davon müssen z.B. in Nahverkehrsplänen begründet werden. Wir können die Verpflichtung zum barrierefreien Ausbau als eine Triebfeder für die gesamte Verkehrswende mitnutzen, denn Barrierefreiheit bedeutet nicht nur, dass alle inklusive mobilitätsbeeinträchtigter Menschen die Verkehrsmittel nutzen können, sondern führt auch zu mehr Komfort und der Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs insgesamt.

Ä3 zu A12: Verkehrswende schafft Arbeitsplätze: Bayerns Fahrzeugindustrie zukunftssicher machen

Antragsteller*innen Thomas von Sarnowski (KV Ebersberg)

Antragstext

Von Zeile 92 bis 94 einfügen:

nur noch emissionsfreie Autos zugelassen werden. Eine CO_2-Abgabe schafft zudem Wettbewerbsgleichheit zwischen fossilen und erneuerbaren Treibstoffen. Mit einem Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen sorgen wir dafür, dass die bayerische Fahrzeugindustrie die Entwicklung ihrer Systeme für Fahrassistenz und autonomes Fahren nicht mehr am Sonderfall Deutschland, sondern an den weltweit herrschenden physikalischen und regulatorischen Bedingungen ausrichten kann. Außerdem beenden wir bis 2025 schrittweise den Bundesfernstraßenneubau und stellen die

Begründung

Die theoretisch zu erwartenden extrem hohen Geschwindigkeiten auf deutschen Autobahnen erzwingen absurd hohe Anforderungen an die Sensorik und Verarbeitung der Daten. Wenn ein Fahrassistenzsystem nicht ausschließen kann, dass ein schnelles Auto von hinten heranrast, wird es auf seiner Spur bleiben. Diese Problematik sehen auch Vertreter*innen der Industrie, außerdem sei für autonom fahrende Personen eine Reisegeschwindigkeit von 130 km/h zu bevorzugen. (BMW, AUDI, siehe https://www.welt.de/wirtschaft/article175913838/Autonomes-Fahren-Ohne-Tempolimit-entstehen-Probleme.html).

Das unbegrenzte Rasen auf deutschen Autobahnen sorgt nicht nur für jährlich 3 Millionen Tonnen CO2, die sich sofort einsparen ließen, und viele vermeidbare Todesfälle und Schwerverletzte, sondern auch für einen massiven Wettbewerbsnachteil für die hiesige Fahrzeugindustrie. Auch aus industriepolitischen Gründen ist ein Tempolimit sinnvoll.

Ä4 zu A12: Verkehrswende schafft Arbeitsplätze: Bayerns Fahrzeugindustrie zukunftssicher machen

Antragsteller*innen Franziska Schweikert (KV Donau-Ries)

Antragstext

Von Zeile 137 bis 139:

Darüber hinaus sind wir offen ~~für erleichterte Bedingungen für Kurzarbeit für einen begrenzten Zeitraum wie in der Krise 2008/2009, damit~~für die Einrichtung eines Qualifizierungs-Kurzarbeitergeldes. Dieses soll ergänzend zu den bereits bestehenden Formen der Kurzarbeit dazu genutzt werden, um die Weiterbildung und Qualifizierung der Beschäftigten zu ermöglichen. Diese Form der Qualifizierungs-Kurzarbeit soll dabei durch tarifliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen eng an die Sozialpartnerschaft gekoppelt werden, da Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräte nur gemeinsam den Strukturwandel angehen können und wir so besonders auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit haben, ihr Personal zu halten und

Ä1 zu A13: Energiewende mit System

Antragsteller*innen Frank Dürsch (KV München-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 66 bis 67 einfügen:

Brennstoffzelle einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir wollen der Brennstoffzellentechnik in diesem Bereich zum Durchbruch verhelfen.
Mann kann durch Brennstoffzellen und Pufferspeicher in den Heizungssystem der Häuser, wenn die Brennstoffzelle durch den Strom-Netzbetreiber steuern lässt, auch Beiträge zur Netzstabilität und lokalen Stromgewinnung leisten. Dadurch könnten Überlandleitung eventuell überfüssig werden.

Begründung

Es soll die engen Verbindungen zwischen den Wärmesektor und den Stromsektor bei diese Technologie, sowie deren für die Umwelt gewinnbringende Nutzbarmachung dieser.

Ä2 zu A13: Energiewende mit System

Antragsteller*innen Martin Stümpfig, MdL (KV Ansbach),
Markus Büchler, MdL (KV München-Land)

Antragstext

Von Zeile 11 bis 17:

- Elektromobilität (Batterie- und Brennstoffzellenfahrzeuge) erreicht werden. ~~Der Großteil des Verkehrswesens wird früher oder später auf einen Wasserstoffantrieb angewiesen sein.~~Neben batterieelektrischen Fahrzeugen mit direkter Stromnutzung ermöglicht grüner Wasserstoff als strombasierter Kraftstoff auch Mobilität in Bereichen, die schwieriger elektrifizierbar sind (wenig genutzte, nicht elektrifizierte Schienenstrecken, LKW-Schwertransport, Schiffe...).
- ~~Nur grüner Wasserstoff als strombasierter Kraftstoff ermöglicht den Übergang in eine hocheffiziente Brennstoffzellenmobilität und das bei gleichen Kosten für den gefahrenen Kilometer ohne Feinstaub-, CO2- und Geräuschemission.~~

Von Zeile 21 bis 29:

~~Bei einem hohen Anteil fluktuierender Stromerzeugung aus Solar- und Windenergieanlagen fallen große Mengen an erneuerbarem Strom an, die vom Stromnetz nicht aufgenommen und transportiert werden können. Bereits heute werden in Norddeutschland zunehmend erneuerbare Energienanlagen abgeschaltet. Ein weiterer Ausbau erneuerbarer Stromerzeugung wird gebremst. Zielführender wäre es, die Anlagen nicht abzuschalten und den Strom für die Produktion von Wasserstoff zu nutzen. Wir wollen, dass dieser grüne Strom den Betreibern von Wasserstoff-Anlagen kostengünstig zur Verfügung gestellt wird, anstatt ihn gar nicht zu produzieren.~~
Bei einem hohen Anteil fluktuierender Stromerzeugung aus Solar- und Windenergieanlagen wird zunehmend Strom aus erneuerbarer Energien anfallen, der zu dem Zeitpunkt keine Abnehmer findet. Da Strom ein Sekundenprodukt ist, muss es zu dem Zeitpunkt verwertet werden, in dem es anfällt. Dieser Überschussstrom soll zukünftig nicht abgeregelt, sondern sinnvoll genutzt werden. Der Speicherung des Überschussstromes kommt eine wichtige Rolle zu im Energiesystem der Zukunft.

Hydraulische, kinetische und chemische Energiespeicher werden eine wichtige Stabilitätssäule unseres Energiesystems sein. Dies ist für die Dekarbonisierung der letzten 30 % unseres Energiesystems enorm wichtig. Die Produktion von Wasserstoff über Power-to-Gas Anlagen soll hier beispielhaft genannt werden.

Von Zeile 31 bis 39:

Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien ist eine zentrale Säule der Energiewende. ~~Deshalb muss es u.a. eine Aufhebung der Deckelung für Photovoltaikanlagen und eine Zahlung einer vorhersehbaren und auskömmlichen Marktprämie für Windprojekte geben.~~Es muss endlich wieder attraktive Bedingungen für Bürgerenergieanlagen geben. Nachdem der EUGH dieses Jahr entschieden hat, dass das EEG keine Beihilfe darstellt, können Hindernisse durch die Ausschreibungen sofort aufgehoben werden. Sofort sollen z.B. Windparks mit wenigen Anlagen außerhalb von Ausschreibungen ermöglicht werden. Die Energiewende gelingt nur als Bürgerenergiewende. Für die Wasserstoffherstellung ist ein Überangebot von erneuerbaren Energien notwendig. In Bayern ist jedoch im letzten Jahr die Erzeugung von erneuerbaren Energien sogar rückläufig gewesen, während der Stromimport auf 10 Terawattstunden anstieg. Eine Wind- und Solaroffensive ist deshalb dringend notwendig. ~~Insbesondere die Errichtung zusätzlicher Kapazitäten für die Wasserstoffherstellung ist ein wichtiger Beitrag. Dabei könnten Solar-Freiflächen in Kombination mit Wasserstoff eine interessante Rolle spielen, da durch die hohen Erzeugungsspitzen und Gleichzeitigkeit von Solarproduktion Speicherbarkeit hier besonders zentral ist.~~

Von Zeile 41 bis 42:

~~Es~~Parallel zum massiven Ausbau der Photovoltaik und der Windkraft, ist ~~notwendig~~es notwendig, „schon heute" ein Förderprogramm zum Ausbau der Elektrolysetechnik einzuführen, um die notwendigen Kosten- und Effizienzziele zu

Von Zeile 46 bis 48:

~~Wasserstoff lässt sich wie Benzin oder Diesel an der Zapfsäule tanken. Für die nötige Infrastruktur müssen zügig H2-Tankstellen in Deutschland entstehen. Nur so ist ein flächendeckender Einsatz der mobilen Wasserstofftechnik möglich.~~

Für die nötige Infrastruktur müssen zügig H2-Tankstellen in Deutschland entstehen.Zielsetzung ist es im ersten Schritt, eine H2-Infrastruktur für Schwerlastverkehr zu schaffen.

Von Zeile 56 bis 59:

Energiewandler-/ Energiespeicheranlagen, die ausschließlich erneuerbaren Strom zur Umwandlung von Wasser zu Wasserstoff ~~aufnehmen~~zwischenspeichern und damit die Voraussetzung für eine zeitlich verzögerte energetische Nutzung ~~wieder zur Verfügung stellen~~ermöglichen , sind durch das EEG speziell zu fördern.

Von Zeile 61 bis 63:

Auf der Schiene sollte Strom direkt genutzt werden, wo immer dies möglich ist. ~~Aber überall dort wo heute noch klimaschädliche Dieselloks fahren müssen diese durch Wasserstoffzüge ersetzt werden.~~Deshalb ist eine Elektrifizierung möglichst aller Schienenstrecken anzustreben. In bestimmten Fällen, z.B. bei gering frequentierten Strecken, ist eine Elektrifizierung teilweise unwirtschaftlich. Hier bieten Wasserstoffzüge eine sehr gute Alternative zu Dieselloks.

Von Zeile 65 bis 66:

Bei der häuslichen Wärmeerzeugung ~~wird der grüne~~sind kohlenstoffreie Techniken gefragt. Grüner Wasserstoff ~~ebenfalls~~könnte hier mittels Brennstoffzelle einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir wollen der

Begründung
mündlich

Ä3 zu A13: Energiewende mit System

Antragsteller*innen Lisa Badum (KV Forchheim)

Antragstext

Von Zeile 2 bis 3 einfügen:

die politischen Rahmenbedingungen den Aufbruch in die nächste Phase der Energiewende ermöglichen und anschieben. Auch wenn bei allen Gewinnungsarten von Wasserstoff Primärenergie zur Herstellung verwendet werden muss und damit Effizienzverluste im Vergleich z.B. mit der direkten Nutzung von Strom entstehen, kann Wasserstoff in einigen Bereichen einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten.

Ä1 zu A14: Kein Zentimeter den Rechtsextremisten und Rassisten - Entschiedenes Vorgehen gegen Rechtsextremismus und breite Bündnisse gegen Rechtspopulismus.

Antragsteller*innen Jens Backert (KV Lichtenfels)

Antragstext

Von Zeile 117 bis 119 löschen:

- eine bessere länderübergreifende Zusammenarbeit der Bundes- und Landeskriminalämter ~~sowie der Verfassungsschutzbehörden~~, um Aktivitäten von rechtsextremistischen Gruppierungen besser und früher erkennen und

Begründung

Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten, kurz Trennungsgebot, ist ein Grundsatz des deutschen Rechts, nach dem die Polizei und die Nachrichtendienste in Bezug auf die Aufgaben, die Organisation, die Befugnisse und die Datenverarbeitung getrennt sein sollen.

Ä2 zu A14: Kein Zentimeter den Rechtsextremisten und Rassisten - Entschiedenes Vorgehen gegen Rechtsextremismus und breite Bündnisse gegen Rechtspopulismus.

Antragsteller*innen Jens Backert (KV Lichtenfels)

Antragstext

Von Zeile 157 bis 158 löschen:

- ~~Eine virtuelle Polizeiwache für Bayern, bei der Menschen ‚Hate-Speech' im Netz schnell und unkompliziert anzeigen können;~~

Begründung

Hass im Netz ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Juristische Schritte sind wichtig, aber nicht ausreichend, um dieses Problem langfristig lösen zu können. Vielmehr müssen vor allem Kinder und Jugendliche Medienkompetenz erwerben, um für den Umgang Hate Speech und Fake News gewappnet zu sein, auch wenn diese nicht strafbar sind. Formale wie non-formale Bildungsangebote müssen ausgebaut werden, um den Erfordernissen des digitalen Zeitalters gerecht zu werden.

Ä3 zu A14: Kein Zentimeter den Rechtsextremisten und Rassisten - Entschiedenes Vorgehen gegen Rechtsextremismus und breite Bündnisse gegen Rechtspopulismus.

Antragsteller*innen Katharina Schulze, MdL (KV München),
Cemal Bozoglu, MdL (KV Augsburg)

Antragstext

NEUFASSUNG DURCH ANTRAGSTELLER*INNEN

Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 ist eine Zäsur für unser Land. Erstmals seit 1945 wurde ein amtierender Politiker durch einen Rechtsradikalen umgebracht. Mit Schrecken und traurigem Herzen blicken wir nach Halle. Am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur versuchte ein Attentäter in die Synagoge einzudringen, erschießt zwei Menschen und verletzt zwei weitere schwer. Förmlich reflexartig wurde durch einige Kreise infolgedessen auch die These verfochten, dass es sich um die Taten eines Einzeltäters oder einer isolierten Zelle handeln könnte. Dass dieser Gedankengang realitätsfern ist, wissen wir seit dem NSU. Fünf der zehn NSU-Mordopfer kamen aus Bayern. Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten steigen seit Jahren an.

Zum Glück stellen sich vielerorts zivilgesellschaftliche Initiativen, viele engagierte Menschen in Kommunen, Behörden, Parteien, Vereinen, Verbänden, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Jugendverbänden oder Migrant*innenselbstorganisationen dem Hass entgegen und leisten unschätzbar wertvolle Arbeit für unsere Demokratie. Ihren Einsatz zur Stärkung unserer Demokratie unterstützen wir ausdrücklich und sagen Danke. Dieser Einsatz muss auch strukturell gefördert werden. Diesen Einsatz für eine offene und tolerante Gesellschaft gilt es gemeinsam zu unterstützen, um damit unsere Demokratie zu stärken. Wir wissen, die beste Antwort auf die rechte und rassistische Gesinnung ist eine weltoffene Grundeinstellung und ein Umgang, bei dem jedem Menschen vorurteilsfrei und solidarisch begegnet wird.

Das ist auch dringend nötig, denn mittlerweile sitzt eine rassistische und in erheblichen Teilen rechtsextreme Partei im Deutschen Bundestag und im Bayerischen Landtag und erhielt bei den jüngsten Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg sogar die zweitmeisten Stimmen. Die AfD fungiert als parlamentarischer Arm der rechtsextremistischen Szene und schafft zusammen mit unseriösen Medien und der Hetze in den Online-Diensten ein brandgefährliches Klima. Irgendwann kommt es dann von den Worten zur Tat. Wir sehen nur zu genau: Die Personen in den diversen rechten Strukturen kennen sich, tauschen sich aus, stacheln sich an und bejubeln sich nach ihren widerwertigen Taten.

Im Internet und den sozialen Netzwerken werden immer öfter Personen, soziale Gruppen oder ganze Berufsstände wie Journalist*innen beleidigt und bedroht, wenn sie sich für Toleranz und Demokratie einsetzen oder Rechtspopulismus und Rechtsextremismus als Bedrohung benennen. Wir GRÜNE stellen uns mit aller Entschiedenheit gegen jede Form und Androhung rechtsextrem bzw. rassistisch motivierter Gewalt. Wir sprechen all jenen Personen, die aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung, aufgrund ihrer sexuellen Identität oder ihres politischen bzw. humanitären Engagements von rechtsextremer bzw. rassistischer Gewalt bedroht werden, unsere volle Solidarität aus.

Auch GRÜNEN Mitgliedern, Ehrenamtlichen wie Hauptamtlichen, schlägt immer wieder Hass entgegen. Immer wieder sind wir konfrontiert mit rechter Gewalt, Drohungen, Beleidigungen und Verleumdungen. Mit allen Betroffenen erklären wir uns solidarisch. Wir stehen gemeinsam gegen den Hass. Die Hetze zerschellt an unserem Zusammenhalt. Darum setzt sich der Landesverband beim Bundesverband dafür ein, dass eine hauptamtliche Stelle in der Bundesgeschäftsstelle zur Unterstützung grüner Mitglieder, die Opfer von rechter Hetze geworden sind, geschaffen wird.

Die Grüne Landtagsfraktion legt jedes Jahr ein Lagebild Rechtsextremismus in Bayern vor. Das aktuelle von 2018 gibt erneut Anlass zur Sorge. Im vergangenen Jahr ereigneten sich jeden Tag statistisch gesehen durchschnittlich fünf rechtsextremistisch motivierte Straftaten in Bayern, die fremdenfeindliche Kriminalität hat sich auf einem viel zu hohen

Niveau stabilisiert und die Anzahl der antisemitischen Straftaten und die Hasskriminalität im Internet sind sogar sprunghaft angestiegen. Die rechtsextreme und die sogenannte Reichsbürger*innen-Szene in Bayern agieren heute zunehmend vernetzter und radikaler und haben Anschluss an eine breite rechte Bewegung.

In Bayern gibt es laut Auskunft des Innenministeriums rund 1.200 gewaltbereite Rechtsextreme. Zahlreiche mit Haftbefehl gesuchte bayerische Neonazis sind untergetaucht. Neonazis fahren regelmäßig zu Schießtrainings ins Ausland, organisieren Kampfsportevents und Konzerte für die militante Szene. Diese Tendenzen zeigen, dass nach wie vor ein erhebliches Gefährdungspotenzial von der rechtsextremen Szene ausgeht. Der Umgang mit dem NSU-Terrorismus hat uns weiterhin gezeigt, dass die staatlichen Sicherheitsapparate große Schwächen bei der Bekämpfung der rechtsextremistischen Gewalt hatten. Diese Defizite sind bis heute nicht vollständig behoben - eine tiefgehende Verbesserung muss endlich erfolgen!

Dass rechtsextreme Gruppierungen zudem an historisch besetzten Orten wie dem Reichsparteitagsgelände in Nürnberg Fackelmärsche inszenieren können ist ein Unding. Ebenso, dass sich die Bayerische Staatsregierung nicht eindeutig für ein Verbot der rechtsterroristischen Vereinigung ‚Combat 18‘ einsetzt oder Menschen, deren Namen auf sogenannten „Feindeslisten“ rechter Gruppierungen auftauchen, hierüber nicht informiert. Menschen und Institutionen haben das Recht es zu erfahren, wenn sie im Visier von rechtem Terror sind. Es erfordert unser gemeinsames, entschiedenes Engagement, damit es niemand schafft, das friedliche Zusammenleben in Bayern zu sabotieren.

Rassismus führt mitunter auch dazu, dass Grundrechte von Migrant*innen und Geflüchteten infrage gestellt oder eingeschränkt werden. Dabei ist der Schutz von Minderheiten auch Kernelement einer wehrhaften Demokratie. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Grundrechte eines jeden zu jeder Zeit gewahrt bleiben.

Auch Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aus Teilen der migrantischen Communities zeigen wir entschieden die Rote Karte. Re-Ethnisierung, religiöse

Radikalisierung, gesellschaftliche Segregation, Feindlichkeit gegenüber Minderheitengruppen, antisemitische Tendenzen sind ebenso wenig hinnehmbar wie auch die Propaganda antidemokratischer Staatsführer wie Erdo?an oder Putin auf Kosten des harmonischen Zusammenlebens in Deutschland.

Bayern ist und bleibt bunt. Unsere Vielfalt ist unsere Stärke. Humanität statt Hass: Das ist integraler Bestandteil unserer Politik.

Wir Grüne fordern deswegen:

- die CSU-FW-Regierung auf, alle ihr möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um ein Verbot der militanten neonazistischen Gruppierungen „Die Rechte“, „Der III. Weg“, Combat 18 und Ku-Klux-Klan durchzusetzen;

- die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus mit zur obersten Priorität der bayerischen Sicherheitsbehörden zu machen;

- die Schaffung einer landesweiten Antidiskriminierungsstelle, wie sie bereits in mehreren Bundesländern Realität ist. Diese soll kommunale Initiativen in Bayern vernetzen und unterstützen;

- die Einrichtung einer landesweit zentralen Beratungsstruktur für Opfer rechtsextremer, antisemitischer und rassistischer Gewalt in Bayern;

- eine bessere länderübergreifende Zusammenarbeit der Bundes- und Landeskriminalämter sowie der Verfassungsschutzbehörden, um Aktivitäten von rechtsextremistischen Gruppierungen besser und früher erkennen und verhindern zu können;

- im Rahmen einer Aufgabenkritik die Ressourcen der Polizei neu zu verteilen, um

den Fahndung- und Ermittlungsdruck auf die rechte Szene zu verstärken, um damit die bereits begangenen Taten schneller aufzuklären und potenzielle Nachahmer*innen abzuschrecken;

- den Verfassungsschutz zu reformieren und umzustrukturieren. Die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten wollen wir auf ein Minimum reduzieren und die neue Behörde wird enger mit Wissenschaft sowie der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Prävention und politische Bildung sind nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes, weswegen wir ihm diese Zuständigkeiten entziehen wollen;

- wachsam bzgl. rechtsradikal motivierter Personen innerhalb der staatlichen Sicherheitsapparate zu sein und mehr demokratiefördernde und antirassistische Inhalte in der Polizeiausbildung zu verankern;

- Konsequenzen aus der NSU-Aufklärung beim Verfassungsschutz und den Ermittlungsbehörden zu ziehen: Dazu muss eine Kommission im Bayerischen Landtag zur Implementierung der Konsequenzen aus dem NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt werden;

- den wirksamen Schutz von bedrohten Einrichtungen, wie Flüchtlingsunterkünften, Synagogen oder Moscheen;

- eine strenge Kontrolle des Einsatzes privater Sicherheitsdienste in Geflüchtetenunterkünften, um zu verhindern, dass dort Personen aus der rechten Szene eingesetzt werden, sowie klare Vorgaben zur Qualifizierung des Personals und zur Einhaltung von umfangreichen Qualitätsstandards;

- eine Bildungsoffensive gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie für die interkulturelle Bildung. Demokratische und politische Bildung muss früh beginnen: In den Stundentafeln des bayerischen Schulsystems, aber auch im Bereich von Kitas und Kindergärten besteht erheblicher Nachholbedarf, ebenso in der Ausbildung der Lehrer*innen, Erzieher*innen und weiterer pädagogischer Fachkräfte;

- ein enges Unterstützungs- und Beratungsangebot zum Umgang mit Rassismus und rechter Ideologie in Bildungseinrichtungen, staatlichen Behörden und Verwaltungen sowie im breiten Verbands- und Vereinsleben;

- dass Anbieter von Internetforen und sozialen Netzwerken strafbaren „Hate Speech“ schnell prüfen und unverzüglich löschen müssen. Urheber*innen müssen stärker als bislang ermittelt und ihre Kommentare zur Anzeige gebracht und geahndet werden können;

- eine virtuelle Polizeiwache für Bayern, bei der Menschen „Hate-Speech“ im Netz schnell und unkompliziert anzeigen können;

- das bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus – unter Einbeziehung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft – zu evaluieren und weiterzuentwickeln;

- ein bayerisches Förder- und Aktionsprogramm zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen aufzulegen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus oder andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagieren.

Ä1 zu A17: 5G als Chance für die digitale Zukunft in Stadt und Land

Antragsteller*innen Christian Sauter (KV Erlangen-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 9 bis 13:

Baustein für eine erfolgreiche Digitalisierung. Mit ihm lassen sich deutlich schneller und mit reduzierter Latenz Daten übertragen, sozusagen in Echtzeit. ~~Diese Echtzeitdaten brauchen etwa vernetzte Mobilität und intelligente Stromnetze und auch telemedizinische Angebote auf dem Land.~~Diese Echtzeitdaten werden z.B.vonvernetzter Mobilität und intelligenten Stromnetzen und auch telemedizinischen Angeboten auf dem Land gebraucht. Gerade im ländlichen Raum setzen wir uns für ein flächendeckendes Mobilfunknetz ein, damit die

Begründung

Nicht die Echtzeit-Daten brauchen die Anwendungen, sondern die Anwendungen brauchen die Echtzeitdaten.
Korrektur von Passiv und Aktiv.
P.S.: Ich bin mit jeder modifizierten Übernahme, die Aktiv und Passiv korrekt verwendet, einverstanden.

Ä1 zu A19: Einrichtung von Rechtsberatungsstellen für Menschen mit geringem Einkommen an allen bayerischen Amtsgerichten

Antragsteller*innen Katharina von Platen (KV Weilheim-Schongau)

Antragstext

Von Zeile 3 bis 4 einfügen:

muss dieses Angebot durch eine Informationskampagne allen Betroffenen zugänglich gemacht *und die Vernetzung mit den Anwaltvereinen und bereits bestehenden Beratungsstellen wie z.B. Pflegestützpunkten, Schuldnerberatungsstellen der caritativen Träger, Asylsozialberatungsstellen, Frauenhäusern vorangetrieben* werden.

Ä6 zu A28: Kommunale Familienpolitik - Mehr Raum für Eltern und Kinder

Antragsteller*innen Stefan Schmidt MdB (KV Regensburg-Stadt), Jürgen Mistol MdL (KV Regensburg-Stadt), Johannes Becher MdL (KV Freising)

Antragstext

NEUFASSUNG DURCH ANTRAGSTELLER*INNEN

Das Bild der Familie hat sich im Lauf der letzten Jahrzehnte verändert. Neben der klassischen "Kernfamilie", die zwar nach wie vor die Lebensform der meisten Familien darstellt, haben andere Konstellationen, wie z.B. Patchworkfamilien, bei der sich Kinder und Eltern aus unterschiedlichen Familienphasen jeweils neu mischen, zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Alleinerziehendenhaushalte machen mittlerweile ca. 20% der Familienhaushalte aus. Das unterstreicht: Familien sind bunt und vielfältig und häufig an zeitliche und räumliche Erfordernisse der heutigen Arbeitswelt angepasst. Veränderte gesellschaftliche und ökonomische Rahmenbedingungen stellen familiäre und kommunale Strukturen vor neue Herausforderungen. Die Gründung einer Familie geht häufig mit verringertem finanziellen Spielraum, Schwierigkeiten und Engpässen bei der Kinderbetreuung, sowie beruflichen Einschnitten einher. Im Bereich der Stadtplanung, der Vermietung von Wohnungen sowie im ÖPNV, werden Familien mit Kindern noch zu selten mitbedacht, zum Teil sogar benachteiligt. Die von Arbeitgebern zunehmend geforderte Flexibilität und Mobilität ist für Arbeitnehmer*innen mit Kindern deutlich schwerer zu erfüllen, als für Kinderlose. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist erst erreicht, wenn Männern wie Frauen eine Erwerbstätigkeit möglich ist, mit der sie ihren beruflichen wie ihren familiären Verpflichtungen nachkommen können.

Aufgabenstellung der Kommunen muss es daher sein, möglichst ganzheitlich und leicht zugängliche Unterstützungsmöglichkeiten für Familien zu schaffen.
Eine moderne kommunale Familienpolitik muss Angebote für verschiedene Lebensentwürfe- und -situationen bereithalten, gerecht sein und Teilhabe für alle ermöglichen. Die Ansatzpunkte und Lösungen sind dabei so differenziert und vielfältig, wie die Lebensentwürfe und die Familien selbst.
Wir Grüne wollen, dass die Kommunen in Bayern Kinder und Familien in das Zentrum

ihres politischen und planerischen Handelns rücken und diese in ihrem Wirkungskreis gezielt unterstützen. Denn eine familienfreundliche Kommune ist auch eine lebenswerte Kommune mit funktionierender Infrastruktur, reichem Sozialleben und Weitblick für künftige Herausforderungen. Die Entwicklungspotentiale von Kommunen sind mit familienfreundlichen Lebensumständen verzahnt und im besten Eigeninteresse der Kommunen.

Nicht für, sondern mit Familien planen

Wir Grüne wollen Familien in besonderem Maße fördern. Durch eine bürgernahe Politik begegnen wir den Herausforderungen des demographischen Wandels, der Strukturschwäche oder den Problemen von Ballungsräumen wie Wohnungsknappheit und hohen Lebenshaltungskosten. Familienpolitik in Kommunen soll Strukturen schaffen, die Menschen dazu ermutigen, Familien zu gründen sowie ein integriertes und umfassendes Maßnahmenpaket für alle Familienbelange etablieren, um Familien mit ihren Kindern in den verschiedenen Lebenslagen unterstützend zu begleiten. Wir wollen die Politik vor Ort so ausrichten, dass alle Familien, unabhängig von Einkommen und Vermögen, dauerhaft in ihrer Gemeinde und in unmittelbarer Nähe ihres sozialen Umfelds wohnen bleiben können.

Familiale Infrastruktur schaffen

Jede Kommune braucht ein zeitlich flexibles und qualitativ überzeugendes Kita- und Kindergartenangebot. Deswegen ist es unser Anliegen, die Kinderbetreuung wohnortnah auszubauen, qualitativ zu verbessern und Flexibilität zu gewährleisten. Dabei sollte vor allem die Betreuung der unter dreijährigen Kinder im Fokus stehen. Die Betreuungsquote ist in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern noch immer eher niedrig. Ein engagierter Ausbau mit staatlicher Unterstützung der Kommunen ist daher geboten. Die Qualität der Betreuung hängt maßgeblich vom Personal ab. Daher fordern wir die Staatsregierung auf, endlich wirksame Maßnahmen gegen den eklatanten Fachkräftemangel zu ergreifen, wie eine attraktivere Ausbildung mit Vergütung ab dem ersten Tag, bessere Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter*innen, sowie einer echten Entlastung der Einrichtungsleitungen. Wichtig ist uns auch, dass der gesetzliche Mindestanstellungsschlüssel, sowie der empfohlene Betreuungsschlüssel weiter verbessert wird und in diesem Zuge auch die staatliche Betriebskostenförderung angepasst wird, damit die Qualität der Kindertageseinrichtung nicht von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune abhängt.

Wir möchten Familien die Wahlmöglichkeit geben und dafür die Tagespflege bzw. die

Großtagespflege positiv weiterentwickeln, insbesondere im Hinblick auf eine auskömmliche Vergütung, die Qualifizierungsstandards und die rechtlichen Rahmenbedingungen.

Darüber hinaus wollen wir neben dem Angebot der Ganztagsschulen ein flächendeckendes und attraktives Angebot der Nachmittagsbetreuung für Schulkinder. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass dabei gesellschaftliche Netzwerke zur Betreuung und Unterstützung als ergänzendes Angebot zu den Ganztagesleistungen von den Kommunen, z.B. durch Bereitstellung von Räumlichkeiten, gefördert werden. Davon profitieren sowohl Eltern, da sie Familie und Beruf besser unter einen Hut bringen können, als auch die Kinder, durch einen besseren Zugang zu einem umfassenden und vielfältigen Bildungsangebot. Natürlich muss hier die Kommune als Arbeitgeberin mit gutem Vorbild voran gehen. Ziel muss sein, dass Eltern nicht auf das passende Angebot hoffen müssen, sondern eine Wahlmöglichkeit haben.

Eine weitere Erleichterung im Berufsalltag von Familien stellt die Schaffung von "Co-Working-Spaces" in Kombination mit Kinderbetreuungsmöglichkeiten dar. Sie bieten den Eltern die Option in der Nähe des (noch kleinen) Kindes zu arbeiten, und gleichzeitig dem Beruf nachzugehen. Dafür braucht es Räumlichkeiten, aber auch den Dialog mit den Unternehmen vor Ort, um diese auf die Thematik aufmerksam zu machen und ggf. zu sensibilisieren.

Familien werden immer wieder mit Situationen konfrontiert, in denen Hilfe von außen einen unschätzbaren Wert hat, vor allem für sozial schwächere oder neu zugezogene Familien. Unser Ziel ist es, Angebot und Nachfrage zusammen zu bringen, beispielsweise im Rahmen von Familienpatenschaften und Nachbarschaftshilfe. Wir möchten diese Angebote durch die Finanzierung der Weiterbildung Freiwilliger fördern.

Vier von zehn Alleinerziehenden mit kleinen Kindern sind in unserem Land arm. Dabei arbeiten alleinerziehende Frauen im Schnitt sogar fünf Stunden mehr als Frauen in Paarfamilien. Deswegen dürfen vor allem Alleinerziehende nicht alleine gelassen werden. Aus diesem Grund werden wir Grüne dafür sorgen, dass die Leistungen Alleinerziehender anerkannt werden und die Bekämpfung von Kinderarmut vorangetrieben wird: Wir machen uns stark für Familien – egal in welcher Form.
Für Investitionen in gute und wohnortnahe Kitas und Schulen, für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Angebote zu Inklusion und Integration und die Einführung einer Kindergrundsicherung.

Schaffung familienfreundlicher und -gerechter Wohn- und Lebensräume

Familiengerechtes Wohnen braucht Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten im Wohnumfeld, aber auch nahe Versorgungseinrichtungen. Kinder erobern sich ihre Welt Stück für Stück. Wir wollen sie dabei unterstützen, indem wir ihnen ausreichend Spielflächen anbieten, die für sie gut erreichbar sind und wo sie vielfältige Erfahrungen sammeln können.

Eine große Rolle spielen kind- und altersgerechte Freizeitangebote wie Krabbelgruppen, Sportvereine, Musikschulen, Theatergruppen, Kunstschulen und Ähnliches. Auch ein verbesserter ÖPNV, kann Eltern im Alltag ungemein entlasten. So können z.B. die sog. Fahrten der "Eltern-Taxis" verringert werden. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass ein entsprechend familienfreundliches Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel, bis hin zu gut ausgebauten und sicheren Fahrradwegen, z.B. in Form von ticketfreien ÖPNV für Eltern oder Großeltern mit Kinderwagen und in Begleitung von Kleinkinder/n, ins Leben gerufen wird.

Es ist immens wichtig, dass Kinder sich im öffentlichen Raum sicher selbstständig bewegen können. Dazu ist es nötig, dass nicht nur Schulwege sicherer werden, sondern insgesamt die Fuß- und Radwegstruktur immer auch aus Kindersicht mitgeplant wird. Wir wollen den öffentlichen Raum wieder zu einem Ort der Begegnung machen und mehr Lebensqualität vor der eigenen Haustüre schaffen. Wir Grüne wollen öffentliche Räume, die inkludieren, die sich die Menschen erobern können und der Allgemeinheit ohne Konsumpflicht dienen.

Das Recht auf Wohnen muss in den Städten und im ländlichen Raum wieder garantiert werden. Die kommunale Wohnungspolitik in unseren Städten und Gemeinden hat dieselbe Aufgabe: sie soll Wohnraum für Menschen jeden Einkommens, für jede Altersgruppe und für jede Form des Zusammen- oder Alleinlebens zur Verfügung stellen. Sie muss neben seniorengerechten und barrierefreien Wohnungen auch familiengerechte, größere und preiswerte Wohnungen anbieten. Dafür unterstützen wir gemeinwohlorientierte Wohnungsbauakteure wie Genossenschaften, kommunale Wohnungsunternehmen und gemeinschaftliche Wohnprojekte im Rahmen der Wohnraumförderung sowie bei der Vergabe von Grundstücken. Wir legen den Fokus bei der Schaffung bezahlbarer Wohnungen für Familien auf den Bau von Mietwohnungen im Geschosswohnungsbau.

Gemeinden und Städte sind lebenswert und attraktiv, wenn es dort eine gute Mischung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit gibt. Zu einer optimalen Grundversorgung gehören auch Einkaufsmöglichkeiten, Gastronomie, öffentliche Einrichtungen, Dienstleistungen und

Begegnungsmöglichkeiten. Menschen sollen Lust haben, sich in ihrem Umfeld aufzuhalten, dort einzukaufen und sich zu treffen. Wir denken Mobilität und Stadtplanung zusammen, um sichere und kurze Wege zu ermöglichen, und stärken die Orts- und Quartierszentren.

Kommunale Verwaltung

Wir wollen eine familienfreundliche Verwaltung und bei politischen Entscheidungen die Bedürfnisse von Familien mitdenken. Dazu gehört auch ein regelmäßiges Monitoring, in welchem Informationen zu den Familien und deren Problemlagen in der Form einer dauerhaften Familienberichterstattung erfasst werden.
Weiter finden wir die Einrichtung eines regelmäßig zusammentretenden Familienforums mit Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft essentiell, damit das Thema Familie nicht aus den Augen verloren wird.

Um den Alltag von berufstätigen Eltern zu erleichtern, müssen die Öffnungszeiten der kommunalen Institutionen Arbeitnehmer*innenfreundlich sein. Dabei sollen auch digitale Möglichkeiten der Verwaltung genutzt werden, um online möglichst viele Funktionen der Verwaltung vorzuhalten.

Freiwillige kommunale Angebote

Bürgerinnen und Bürger sollen sich mit ihrer Kommune identifizieren und wohlfühlen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, bedarf es neben Strukturen und Anpassungen für den familialen Lebensalltag auch ein entsprechendes Freizeitangebot.
Unser Ziel ist es Begegnungsstätten zu schaffen, von modernen und sicheren Spielplätzen bis zu barrierefreien Mehrgenerationenhäusern. Vor allem Jugendlichen müssen Rückzugsräume zur freien Entfaltung bereitgestellt werden. Wir Grüne stehen für eine lebendige Jugendkultur, deswegen setzen wir uns für die Einrichtung bzw. den Erhalt von Jugendzentren, Jugendtreffs und anderer selbstverwaltender Formen ein.

Eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Projekte der Familienstärkung ist die Bildung lokaler Kompetenznetzwerke, welche eine Kooperation zwischen Eltern sowie der Bürgergemeinschaft, also engagierten Einzelpersonen, Teams, Kindertagesstätten, Schulen, Jugend- und Gesundheitsämtern oder Sportvereinen, ermöglicht.

Ä1 zu A31: Für eine ökologische Steuerreform

Antragsteller*innen Frank Dürsch (KV München-Stadt)

Antragstext

Nach Zeile 86 einfügen:

Bereich Strom:

Nach Zeile 89 einfügen:

- Für energieintensive Unternehmen sollen auch mittelfristig die Befreiungen von der EEG-umlage und den Netzentgelten zurückgenommen werden.
- Der selbstgenutzte Strom soll ganz oder zum großten Teil, jetzt in der Umbauphase, von Abgaben befreit ssein.

Begründung

Bei energieintensive Unternehmen sollen man die Lenkungswirkung der EEG-umlage und den Netzentgelten nicht unterschätzen. Auch wenn diese keinen Steuer sind werden diese auf Anweisung des Staat erhaben. Druch die Rücknahme wurde die Untermehmenist den Wahren Kosten beaufschlagt, was Langfristig ihre Konkurrenzfähigkeit steigern könnte. (Auch die Konzessionsabgaben sollte überprüft werden.)

Der selbstgenutzte Strom mit der Befreiung von Abgaben könnten Mieterstrom-Projekt interessanter werden.

Ä2 zu A31: Für eine ökologische Steuerreform

Antragsteller*innen Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 33 bis 40 löschen:

Das Instrument der Wahl ist zumindest kurzfristig die CO2-Bepreisung in Form eines Aufschlags auf die vorhandenen Energiesteuern. ~~Der viel diskutierte Zertifikatehandel ist ein brauchbares Instrument für die mittlere Frist, denn er benötigt 3 bis 5 Jahre zur Einführung und funktioniert nur auf EU-Ebene gut. Zunächst muss die genaue Ausgestaltung mit den europäischen Partnern ausverhandelt werden, damit die "Zertifikatebörse" funktioniert. Bisher ist dies aber nicht der Fall, denn der Preis ist viel zu niedrig. Für die Zukunft wäre ein solches System, das neben Umweltsteuern funktioniert, zu begrüßen.~~

Begründung

Der europäische Emissionshandel hat in der Vergangenheit aus mehreren Gründen nicht funktioniert. Eine weitgehend kostenlose Zuteilung und überschüssige Zertifikate in Milliardenhöhe hatten einen viel zu niedrigen Preis von wenigen Euro für eine Tonne CO2 zur Folge. Erst in den letzten Monaten, als die Reform des Emissionshandels eine Verknappung der Zertifikate in Aussicht stellte, sind die Preise gestiegen. Die Volatilität der Preise schafft aber nur eine unzureichende Investitionssicherheit für erneuerbare Energien. Deswegen sollten wir uns vorerst von den Lösungen eines nationalen oder europäischen Zertifikatehandels für die Bereiche Wärme und Verkehr distanzieren. Stattdessen sollten wir uns allein auf die Lösung über die Erhöhung der Energiesteuern durch einen CO2-Preisaufschlag fokussieren und ins Zentrum unserer Öffentlichkeitsarbeit stellen.

Ä3 zu A31: Für eine ökologische Steuerreform

Antragsteller*innen Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 41 bis 42:

Ein~~e~~ CO_2-~~Steuer~~Preisaufschlag auf die Energiesteuern hat dagegen den großen Vorteil, dass ~~sie~~er schnell wirkt, und das brauchen wir, da das Klimageschehen gerade außer Kontrolle zu geraten droht.

Begründung

erfolgt mündlich

Ä4 zu A31: Für eine ökologische Steuerreform

Antragsteller*innen Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 69 bis 70:

Dazu gehört auch der soziale Ausgleich aus den Mehreinnahmen durch Pro-Kopf-Auszahlungen für ~~Geringverdienende~~alle Bürger*innen sowie die Senkung der Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz von 0,1 ct/kwh.

Begründung

Das zwischen Partei, Bundestagsfraktion und grün regierten Ländern abgestimmte CO2-Preis-Konzept sieht vor einen Teil der Einnahmen aus dem CO2-Preis allen Bürger*innen als Pro-Kopf-Auszahlung zurückzugeben. Auch das Europawahlprogramm enthält diesen Beschluss. Mit dem anderen Teil soll die Stromsteuer von derzeit 2,05 ct/kwh auf den EU-Mindestsatz von 0,1 ct/kwh gesenkt werden. Obwohl die Rückzahlung und die Strompreissenkung allen Bürger*innen zu Gute kommt, profitieren insbesondere Geringverdienende und kinderreiche Familien davon. Die Senkung der Stromsteuer im Gegenzug zur Einführung eines CO2-Preises ist auch deshalb sinnvoll, weil Strom derzeit durch Steuern und Umlagen (wie die Stromsteuer) im Verhältnis zu fossilen Kraft- und Heizstoffen deutlich stärker „bepreist“ wird, obwohl inzwischen fast 40 Prozent des Stroms aus erneuerbaren, klimafreundlichen Quellen kommen.

Ä5 zu A31: Für eine ökologische Steuerreform

Antragsteller*innen Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 87 bis 89 löschen:

- ~~Mittelfristig Erhöhung der Strom- und Energiesteuern für Privathaushalte und energieintensive Unternehmen, um damit energiesparende Maßnahmen auch ohne Subventionen und Zulagen zu erreichen.~~

Begründung

Bei der Einführung eines CO2-Preises werden die vorhandenen Energiesteuern um den CO2-Preis-Aufschlag erhöht - und zwar kurzfristig. Dadurch werden fossile Energieträger teurer. Im Gegenzug wird die Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz von 0,1 ct/kwh gesenkt. Es ist sinnvoll, fossile Energieträger zu verteuern und Strom gleichzeitig günstiger zu machen, weil Strom mittlerweile zu fast 40 Prozent aus erneuerbaren Energien produziert wird. Es entsteht eine Lenkungswirkung weg von fossilen Energieträgern hin zu Strom und erneuerbaren Energien.

Ä6 zu A31: Für eine ökologische Steuerreform

Antragsteller*innen Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt)

Antragstext

Von Zeile 95 bis 97:

- Konsequenter und zeitnaher Abbau ökologisch schädlicher Subventionen für Regionalflughäfen, mittelfristig deren Schließung und Verlagerung ~~von Anschlussflügen bis 350 km~~aller innerdeutschen und Kurzstreckenflüge auf die Bahn

Begründung

ohne Begründung

Ä7 zu A31: Für eine ökologische Steuerreform

Antragsteller*innen Lisa Badum (KV Forchheim)

Antragstext

Von Zeile 55 bis 57:

Gleichzeitig steckt der deutsche Staat nach Auskunft des Umweltbundesamt jährlich mehr als ~~50~~57 Milliarden Euro in Subventionen mit umweltschädlicher Wirkung (z.B. Steuerbefreiung für Kerosin, kostenfreie Zuteilung von CO_2-

Ä8 zu A31: Für eine ökologische Steuerreform

Antragsteller*innen Lisa Badum (KV Forchheim)

Antragstext

In Zeile 74:

- ~~Begünstigte Dieselbesteuerung aufheben~~
- Dieselprivileg aufheben

Ä9 zu A31: Für eine ökologische Steuerreform

Antragsteller*innen Lisa Badum (KV Forchheim)

Antragstext

Nach Zeile 79 einfügen:

- CO2-abhängige Besteuerung von Dienstwagen

Ä10 zu A31: Für eine ökologische Steuerreform

Antragsteller*innen Lisa Badum (KV Forchheim)

Antragstext

Von Zeile 81 bis 82:

- Befristete Investitionszulagen für Unternehmen und Privathaushalte für die Ersatzinvestition ~~bzgl. des Abbaus von Kohle- und Ölheizungen~~in Erneuerbare Wärme statt fossiler Energien

Begründung

In Unternehmen kann man nicht allgemein von Kohle-und Ölheizungen sprechen, da es ja auch um Prozesswärme etc. geht. Entweder müsste man Unternehmen und Privathaushalte hier trennen oder es offener formulieren. Außerdem fehlen Gasheizungen in Haushalten, die auch fossil sind.

Ä1 zu A34: Brenner Nordzulauf: Umbau statt Neubau

Antragsteller*innen Markus Büchler MdL ((KV München-Land))

Titel

Ändern in:
Brenner-Nordzulauf: Aus- oder Neubau ergebnisoffen prüfen

Antragstext

Von Zeile 0 bis 1 einfügen:

Wir Grüne streben eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene an. Insbesondere die LKW-Kolonnen im alpenquerenden Verkehr wollen wir auf die Schiene verlagern. Aber auch dem Flugverkehr nach Norditalien wollen wir attraktive und schnelle Fernverkehrsverbindungen im Stundentakt und komfortable Nachtzugverbindungen entgegenstellen. Der Brenner-Basis-Tunnel wie auch der Gotthard-Tunnel und die anderen Alpenübergänge sind in einem Gesamtkonzept zu betrachten und die nötigen Zulaufstrecken so auszubauen, dass künftig ein Vielfaches an Gütern und Personen transportiert werden kann, um Straßen- und Flugverkehr massiv zu verlagern und die Pariser Klimaschutzziele erreichen zu können.

Von Zeile 4 bis 5 einfügen:

noch Neubaustrecken die einen großen Eingriff in die schöne Landschaft des Inntals zu Folge hätten, soweit sie nicht wie in Tirol großteils untertunnelt werden würden.

Ä2 zu A34: Brenner Nordzulauf: Umbau statt Neubau

Antragsteller*innen Markus Büchler MdL ((KV München-Land))

Antragstext

Von Zeile 14 bis 16:

bereits bestehende, von den betroffenen Gemeinden beauftragte, Studien müssen berücksichtigt werden. ~~Im Zweifel~~Außerdem ist ~~die Trasse~~ein Konzept zu ~~wählen~~entwickeln, wie die Güterverkehre im Anschluss an die Region Rosenheim durch den ~~größten Zuspruch~~Engpass Grafing-München bzw. um den überlasteten Knoten München herum nach Norden (bzw. in ~~der Bevölkerung findet~~Gegenrichtung) geführt werden können. Ferner sind entsprechende Kapazitäten für eine massive Ausweitung des Schienennahverkehrs in Südostoberbayern, zum Beispiel ein S-Bahn ähnliches System für den Linienstern Rosenheim vorzusehen.

Ä3 zu A34: Brenner Nordzulauf: Umbau statt Neubau

Antragsteller*innen Markus Büchler MdL ((KV München-Land))

Antragstext

Von Zeile 15 bis 16 einfügen:

berücksichtigt werden. Im Zweifel ist die Trasse zu wählen die den größten Zuspruch in der Bevölkerung findet.

In jeder Planungsvariante ist ein Lärmschutz nach Neubaustandard an allen Abschnitten der Bestandsstrecke von München bis zur Staatsgrenze zu realisieren. Neubauabschnitte sind grundsätzlich so anwohnerfreundlich und naturverträglich wie technisch möglich und vorzugsweise unterirdisch zu führen. Der Ausbau darf nicht auf Kosten der Region Rosenheim erfolgen sondern soll, wie an der Tiroler Inntal für die Menschen in und um Rosenheim zu vielen Vorteilen führen: Massiv verbesserter ÖPNV, optimaler Lärmschutz, Entlastung der Straßen und Vermeidung von zusätzlichen Straßenneu- und ausbauten sowie Vermeidung etwaiger Güterverlade-Terminals an der Staatsgrenze.

Ä4 zu A34: Brenner Nordzulauf: Umbau statt Neubau

Antragsteller*innen Brunhilde Rothdauscher (KV Rosenheim)

Antragstext

Von Zeile 15 bis 16 einfügen:

berücksichtigt werden. Im Zweifel ist die Trasse zu wählen die den größten Zuspruch in der Bevölkerung findet.

Die Petition von Brennerdialog.de an den Deutschen Bundestag soll unterstützt werden.
Petitionstext:
Der Deutsche Bundestag möge beschließen, den Planungsumfang zum Brenner-Nordzulauf im BVWP 2030 zu erweitern und die Projektbeschreibung entsprechend anzupassen. Von Grafing bis Kiefersfelden darf nicht ausschließlich eine Neubaustrecke geplant werden. Ergänzend muss auch der bedarfsgerechte Ausbau des Bestandsgleises mit Schutzmaßnahmen gegen Lärm und Erschütterung nach Neubaustandard geplant und als mögliche Alternative in die Entscheidung für eine Zulaufstrecke einbezogen werden.

Begründung
vom Antragsteller wurde signalisiert dass die Änderungsanträge von Markus Büchler übernommen werden. Zur Ergänzung/Abrundung mein Text am Ende. Antragsteller ist einverstanden.